

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kstringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 9. Januar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

In der Klemme.

Die Harzburger auf der Suche nach der Ausflucht.

SPD. Am Sonnabend mittag sollte Herr Hitler aus Braunau dem Reichskanzler seine Entscheidung zum Plan der Reichsregierung in der Frage der Reichspräsidentenwahl mitteilen. Es war vorauszusehen, dass dieser Termin überschritten werden würde. Am Sonnabend mittag liess Hitler mitteilen, dass er seine Antwort an Brüning nach 9 Uhr abends geben wolle. Aber auch diese Frist hat ihm und vor allem seinem Kollegen Hugenberg von der Harzburger Front nicht gereicht.

Das Ergebnis der Beratungen, Besprechungen und Erwägungen der Harzburger Bundesgenossen liegt immer noch nicht vor. Die Herren Hitler und Hugenberg haben sich vielmehr entschlossen, sich noch nicht zu entschliessen. Die Entscheidung macht ihnen offenbar Verlegenheiten und sie suchen das Mauselloch, in dem sie sich vor der Entscheidung verkriechen könnten. Diese Verlegenheiten und Ausflüchte und Vertagungen sind bereits ein Stück Entlerung der Harzburger Front. Im Grunde genommen handelt es sich bei der Frage, die die Reichsregierung gestellt hat, für Politiker, die wissen, was sie wollen, und die nicht einfache Opportunitätspolitiker mit böartigen Hintergedanken sind, um eine sehr einfache Sache, um ein einfaches Ja oder Nein.

Die Herren von der Harzburger Front haben sich immer vor dem Volke als die grossen Politiker aufgeplustert, die nach grossen und einfachen Richtlinien Politik betreiben. Sie bieten jetzt dem Volke ein ganz anderes Bild. Hitler hat aus Angst vor der materiellen Entscheidung sich hinter verfassungsmässige Bedenken verschanzt - verfassungsmässige Bedenken gerade bei Hitler gegenüber einem Vorschlag der Reichsregierung, ist das nicht ein Witz der Weltgeschichte? - die um Hugenberg versuchen, im Trüben zu fischen, beide Teile aber trachten ganz offensichtlich nach Zeitgewinn. Sie wissen noch nicht, wie sie sich drehen sollen und vor allen Dingen nicht, welchen Dreh sie finden sollen, um sich vor der Verantwortung für die Entscheidung zu drücken.

Der Reichskanzler hat sich am Sonnabend mittag Herrn Hitler noch einmal kommen lassen. Er hat ihm noch einmal vorgehalten, worum es sich handle, dass es sich um eine Entscheidung von aussenpolitischer Bedeutung handle und dass der Plan der Reichsregierung in völliger Uebereinstimmung mit den Vorschriften der Reichsverfassung sich bewege, was die massgebenden Autoritäten des Staatsrechts bestätigen. Damit ist die Ausrede auf die orthodoxe Legalität einigermaßen unterbunden und es bleibt den Harzburgern nun die materielle Entscheidung.

Nach der Unterredung Hitler-Brüning hat dann die bereits angekündigte Unterredung der Bundesgenossen von der Harzburger Front stattgefunden. Nicht weniger als drei und eine halbe Stunde haben Hitler und Hugenberg zusammengesessen, um zu beratschlagen, was sie tun sollten. Die Länge der Unterredung lässt erkennen, dass ihnen beiden nicht wohl ist. Beide wissen nicht, was sie tun sollen. Jeder möchte dem anderen die Initiative zur Verantwortung der Entscheidung überlassen. Sie sind offenbar zu keinem Entschluss gelangt und sie hüllen sich deswegen beide nach aussen hin in Schweigen. So erfuhr man am Sonnabend abend, dass Hitler seine Entscheidung erst am Montag mittag dem Reichskanzler Brüning mitteilen werde.

In der Zwischenzeit wird - am Sonntag - eine Unterredung zwischen Brüning und Hugenberg stattgefunden haben. Herr Hugenberg, der über seine Zurücksetzung bei den vorhergehenden Besprechungen masslos wütend gewesen ist, erhält diese Besprechung als kleines Pflaster auf die Wunde seiner verletzten Eitelkeit. Diese Unterredung schafft natürlich nicht die Tatsache aus der Welt, dass bei dieser wichtigen Angelegenheit er im Kielwasser Hitlers mitgeschleppt wird.

Die Harzburger kämpfen also um Zeitgewinn. Sie wollen zunächst einmal verschleppen. Vielleicht hoffen sie mit Hilfe der Verschleppung noch im Trüben fischen zu können, vielleicht hoffen sie, dass angesichts ihrer Verschleppungstaktik eine Entscheidung von anderer Seite kommt, die sie der eigenen Entscheidung überhebt. Sie bieten dem Volke ein klägliches Bild. Das sind die grossen Führer, die nach der Macht greifen wollen!

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion war am Sonnabend gegen Mittag zusammengetreten, um die Entschliessungen Hugenbergs zu sanktionieren. Sie wartete stundenlang. Schliesslich ging sie ergebnislos auseinander, um gleich darauf am Abend wieder zusammenzutreten. Nicht etwa zu ernatlicher Beratung der gegenwärtigen politischen Probleme, sondern zu einem Bierabend. Für diesmal hat die grosse Beratung der Harzburger noch nicht mit einer Entschliessung, sondern mit einem Bierabend geendet. Sie wissen nicht, was sie wollen - da ist der Bierabend unbestreitbar der einzig geeignete Ausweg!

SPD. Paris, 9. Jan. (Eig.Drahtb.)

Aus Djibuti am Roten Meer wird gemeldet, dass infolge eines Mordes die heftigsten Feindseligkeiten zwischen zwei benachbarten Stämmen in Abessinien hervorgerufen wurden. Eine Bande von 600 Kriegerern sei in das Gebiet der französischen Somali-Küste eingedrungen und habe einen Stamm angegriffen, von dem 134 Mann getötet worden seien. Eine Abteilung französischer Eingeborenentruppen habe die Angreifer zurückgeschlagen, die 60 Tote und zahlreiche Verwundete auf dem Kampfplatz hatten zurücklassen müssen.

SPD. London, 9. Jan. (Eig.Drahtb.)

Der Handelsminister der Labourregierung Graham ist im Alter von 44 Jahren einer Lungenentzündung erlegen.

Alle Londoner Blätter widmen dem Verstorbenen ausführliche Nachrufe. Graham wird darin als eine der grössten Hoffnungen der Labourpartei bezeichnet. In Anbetracht seiner wirtschaftlichen Kenntnisse und Ansichten sei er berufen gewesen, in einer späteten Labourregierung das Amt des Schatzkanzlers zu übernehmen.

SPD. Genf, 9. Jan. (Eig.Drahtb.)

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale hat am Sonnabend zur Vorbereitung der am 11. Januar beginnenden Völkerbundskonferenz über die Kohlenfrage die Vorschläge beraten, die von den Bergarbeitervertretern vorgelegt werden.

Die von den Arbeitern angesichts der katastrophalen Beschäftigungslage in allen Bergbauländern verlangte Kohlenverständigung soll eine Produktions-, Markt- und Preisverständigung umfassen. Dabei soll neben der erforderlichen Mitwirkung der Regierungen auch die Beteiligung der Bergarbeiter, Händler und Verbraucher sichergestellt werden. In einer Entschliessung wird daher dringend verlangt, dass die Regierungen die Kohlenarbeit des Völkerbundes zu einem sofort wirksamen Abschluss gelangen lassen. In einer zweiten Entschliessung drückt das Komitee sein Enttäuschung über die neue Verzögerung der Genfer Arbeitszeitkonvention aus und beauftragt die Landesverbände, auf ihre Regierungen nachdrücklichst einzuwirken, damit mindestens im April der Zeitpunkt der gemeinsamen Ratifikation festgesetzt wird.

SPD. Bukarest, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhange mit den bevorstehenden rumänisch-russischen Nichtangriff vertragsverhandlungen steht auch die bessarabische Frage, der Zankapfel zwischen Rumänien und Russland, wieder zur Debatte.

Der Anschluss Bessarabiens an Rumänien erfolgte auf Grund des sogenannten Londoner Protokolls, das nach dem Kriege von England, Frankreich, Italien und Japan unterzeichnet wurde, aber von Japan bis heute noch nicht ratifiziert worden ist. Die Russen haben daraus die von Rumänien immer wieder zurückgewiesene Schlussfolgerung gezogen, dass diesem Protokoll keine internationale Rechtsverbindlichkeit zusteht, zumal Russland selbst das Protokoll nicht unterzeichnet hat. Die Rumänen fürchten daher, dass Russland eines Tages Bessarabien besetzen wird und erklären könnte, dass diese Besetzung kein Angriff bedeute. Der "Curentul" weist in diesem Zusammenhange auf einen Punkt im französisch-russischen Pakt hin, wonach ein Angriff im Sinne des Paktes anzusehen sei. Andere Blätter folgern aus dem Vorgehen Japans in der Mandschurei, wie ausserordentlich schwer es ist, den Begriff des Angriffs in einwandfreier Weise festzustellen.

An sich hat Rumänien dem französischen Drängen auf eine Verständigung mit Sowjetrußland, von der man sich keinerlei Vorteile verspricht, nur ungern Folge geleitet. Es hat offen zugegeben, dass Rumänien in diesem Falle mehr eine französisch-russische als rumänische Politik zu treiben gezwungen ist.

SPD. Tokio, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Mikado hat es abgelehnt, den Rücktritt der japanischen Regierung, der im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Kaiser erfolgte, anzunehmen. Die Minister werden bis auf den Innenminister im Amte bleiben.

SPD. Köln, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische "Rheinische Zeitung" richtet an das Kölner Nazi-Blatt folgende Fragen:

- 1) Ist es richtig, dass ein Kölner Nazibönzlein 2 500 Mark Parteigelder kürzlich unterschlagen hat?
 - 2) Ist es richtig, dass dieser Idealist sehr viel in der sogenannten Betriebszellenleitung zu tun hatte?
 - 3) Ist es richtig, dass auch die Reichsleitung der Hitlerpartei den Skandal kennt und doch nicht eingreift?
 - 4) Ist es richtig, dass die Reichsleitung sogar angeordnet hat, dass dieser Fall vor den Parteimitgliedern geheim gehalten werden soll?
- Auf die Antwort darf man gespannt sein!

SPD. Im Berliner Helldorf-Prozess muss allen Ernstes damit gerechnet werden, dass die Beweisaufnahme bis in den April hinein andauert. Es soll von jetzt an nur noch drei Mal in der Woche verhandelt werden.

Am Sonnabend wurde Rechtsanwalt Dr. Apfel vernommen, der vom Balkon seiner am Kurfürstendamm gelegenen Wohnung den Pogrom der Nationalsozialisten aus nächster Nähe beobachtet hat. Apfel wurde am Vorabend seiner Vernehmung von nationalsozialistischer Seite mehr als zehn Mal telefonisch mit den widerwärtigsten Morddrohungen belästigt. Auch gingen ihm zahlreiche Drohbriefe zu. In seiner Aussage bestätigt Apfel die Planmässigkeit der Ausschreitungen und die geradezu raffinierte Organisation des Pogroms. Er hat beobachtet, dass

mehrere Leute die einzelnen Trupps dirigierten und nach allen Seiten Ueberfall-Befehle austeilten. Die Demonstranten hatten sich in kleinere, lose Trupps verteilt, um beim Erscheinen der Polizei möglichst schnell "verduften" zu können. Trotz dieser Aussagen dürften die Angeklagten weiter behaupten, dass sie an dem traglichen Abend nur als "harmlose Spaziergänger" auf dem Kurfürstendamm weilten.

SPD. Braunschweig. 9. Jan. (Eig. Drahtb.)

Die Deutsche Volkspartei des Landes Braunschweig, die vor einem Jahr den in Konkurs geratenen Kaffee-Großhändler Zörner zum Landtagspräsidenten gewählt hat, sieht sich jetzt veranlasst, sich in einer geharnischten Erklärung gegen diesen von ihr in Amt und Würden gebrachten Zörner zu wenden. Zörner hat den Präsidenten der braunschweigischen Staatsbank in öffentlichen Versammlungen wiederholt heftig angegriffen, ohne dass er bisher für seine Behauptungen auch nur irgend einen Beweis hätte erbringen können. Dabei ist Zörner Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, der die Vorwürfe gegen den Staatsbankpräsidenten Stübgen untersuchen soll. In der Erklärung der Deutschen Volkspartei heisst es

"Zörner hat es für richtig gehalten, der Verhandlung im Hauptausschuss vorzugreifen und in öffentlichen Versammlungen Verdächtigungen zu erheben und Unterstellungen zu machen, die einstweilen als durchaus ungewiss angesehen werden müssen. Dieses Verfahren widerspricht jeder Gepflogenheit in Untersuchungsangelegenheiten und muss aufs schärfste zurückgewiesen werden. Es ist mit den Pflichten, insbesondere des Vorsitzenden des Hauptausschusses, unvereinbar, dass der Untersuchung vorgegriffen und, ehe im Ausschuss zu den Vorgängen sachlich Stellung genommen ist, bereits das Urteil gefällt wird. Die Vertreter im Hauptausschuss haben in diesem Fall richterliche Funktionen auszuüben. Es muss für sie deshalb als selbstverständlich gelten, dass sie mit ihrem Urteil zurückhalten, so lange die Untersuchung schwebt und eine abschliessende Stellungnahme nicht möglich ist. Zörner trägt die Verantwortung dafür, dass er in öffentlichen Versammlungen bereits vorausgreifend Stellung zu den Dingen genommen und sich damit der Voreingenommenheit schuldig gemacht hat. Er wird nach seinem öffentlichen Auftreten in dieser Sache erst noch zu beweisen haben, ob er noch die Fähigkeit besitzt, Richter zu sein, nachdem er als Ankläger sich so masslos betätigt hat."

Die braunschweigische Staatsbank fühlt inzwischen den Schaden, der durch Zörner und seine Agitation angerichtet wurde. Immer noch gehen Kündigungen von Geldernein, die der Staatsbank vor längerer Zeit zur Verfügung gestellt wurden

SPD. Paris, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Havasmeldung, dass Briand dem Ministerpräsidenten sein Demissionsgesuch überreicht habe, ist in der übermittelten Form nicht ganz zutreffend. Wie der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" in Paris dazu erfährt, haben aussser Briand auch die übrigen Minister nach dem Tode Maginots dem Ministerpräsidenten ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt, um die Umbildung der Regierung zu erleichtern. Allerdings hat Briand hinzugefügt, dass es ihm auf Grund seines Gesundheitszustandes ratsam erscheine, in der neuen Regierung nicht wieder das Amt des Aussenministers zu übernehmen, sondern sich längere Zeit auszurufen. Laval hat ihm das auszureden versucht und ihn schliesslich aufgefordert, der Regierung seine Dienste in einer noch zu bestimmenden Form weiter zur Verfügung zu stellen. Eine endgültige Beschlussfassung darüber soll in dem am Mittwoch stattfindenden Ministerrat erfolgen.

Die Aufforderung Lavals an Briand, sein Amt beizubehalten, ist, wie der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" von unterrichteter Seite erfährt, durch-

aus aufrichtig gemeint und der Ministerpräsident würde es ausserordentlich bedauern, wenn Briand bei seinem Entschluss bleiben sollte. Die Gründe für die Rücktrittsabsichten Briands sind tatsächlich in seinem stark geschwächten Gesundheitszustand zu suchen. Der Minister leidet seit langem an Schlaflosigkeit. Er verbringt fast jede Nacht lesend im Lehnstuhl. Nur selten schläft er in den Morgenstunden auf kurze Zeit ein.

Der Ministerpräsident hat am Sonnabend-Nachmittag mit den Vorverhandlungen zur Kabinettsumbildung begonnen. Er hatte am Vormittag und Nachmittag Unterredungen mit Tardieu.

Die Sonnabend-Abendzeitungen veröffentlichen zahlreiche Erklärungen von Parlamentariern aller Richtungen über die Möglichkeit einer Konzentrationsregierung. Die Mitglieder der Rechts- und Mittelparteien treten für die nationale Einigkeit ein, die befragten radikalen Abgeordneten lehnen diese Formel zwar nicht grundsätzlich ab, halten sie aber im Augenblick für undurchführbar.

SPD. Der Reichskanzler empfing am Sonnabend einen Vertreter der amtlichen deutschen Nachrichtenagentur zu einer Unterredung, in der er zunächst darauf hinwies, dass er an der Lausanner Konferenz nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaussenminister sondern auch als Reichskanzler teilnehme, dem nach der Verfassung die Bestimmung der Richtlinien der Politik zufalle. In seiner Begleitung würden sich Reichsfinanzminister Dietrich, Reichswirtschaftsminister Warmbold und Staatssekretär von Bülow befinden.

Im weiteren Verlauf der Unterredung verwies der Reichskanzler darauf, dass die Reichsregierung keineswegs beabsichtige, den Reichstag als massgeblichen Faktor der deutschen Gesetzgebung auf die Dauer auszuschalten. Vielmehr habe sie selber bei der letzten Tagung des Reichstags auf den Beschluss hingewirkt, für Ende Februar dieses Jahres eine neue Tagung des Reichstags ins Auge zu fassen. Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde ein. Den Einberufungstermin nun aber etwa auf Mitte oder Ende Januar legen zu wollen sei nach seiner Auffassung geradezu unverständlich. In dem gleichen Augenblick in dem die Reichsregierung sich anschicke, die wichtigsten vaterländischen Interessen des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Ausland zu vertreten, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Plenum des Reichstags eine völlige Unmöglichkeit.

Der Reichskanzler äusserte sich dann über die Haltung der deutschen Delegation in Lausanne. Er führte dazu aus:

Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Baseler Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen geschildert, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äusserste Grenze gehenden Massnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erkenne von ihnen an, dass sie in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel daständen. Zugleich beweiße der Bericht aber, dass einseitige deutsche Massnahmen nicht ausreichen könnten, dass vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Masse die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt sei, gebieterisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln, fordere. Dafür, wohin die Entschliessungen der Regierungen gehen müssten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinie an. Er zeige die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhange gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, dass sich die Voraussetzungen, von denen s.Zt. die Verfasser des Young-Planes ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit sei im Grunde alles gesagt. Es liege klar zutage, dass Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung poli-

tischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, dass jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Ueberlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegebene Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, dass sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung trügen und nicht nach Kompromisslösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Abschliessend erklärte der Reichskanzler, er glaube bestimmt, dass es heute in keinem Lager mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden und, wie der Sachverständigenbericht sage, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen.

SPD. London, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Erklärungen Brünings über Deutschlands Haltung in der Reparationsfrage sind hier sehr ruhig aufgenommen worden. Sie haben keineswegs überrascht da man hier stark mit der Möglichkeit einer solchen Stellungnahme gerechnet hatte. Dass England die völlige Aufhebung der Reparationen und Kriegsschulden selbst wünscht, steht ausser jedem Zweifel. Dafür liegt jetzt ein neues Zeugnis von einem Direktor der Bank von England vor, der in einer sehr scharfen Rede in Liverpool als einzigen Weg aus der Wirtschaftsnot der Welt die völlige Stréichung der Kriegsschulden und Reparationen nannte.

SPD. Die Lausanner Konferenz wird nach den neuesten Vereinbarungen der Regierungen am 25. Januar beginnen. Ihren Vorsitz dürfte der englische Ministerpräsident MacDonald führen.

SPD. Warschau, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Prozess gegen die Opfer von Brest-Litowsk wurde am Sonnabend-Abend nach 55 Verhandlungstagen beendet. Die Urteilsverkündung wird am Mittwoch erfolgen. Sie wird zeigen, ob, wie einer der Angeklagten während des Prozesses hervorhob, in Polen die Diktatur auch bereits auf das Gerichtswesen übergegriffen ist. Andererseits hält sich in Warschau hartnäckig das Gerücht aufrecht dass das Urteil bereits seit Beginn des Prozesses feststeht und der gesamte Prozess nur ein Täuschungsmanöver gewesen ist.

In ihren Schlussworten, die nicht nur in den Presseberichten von der Zensur stark gekürzt wurden, sondern auch eine Zensur des Gerichtsvorsitzenden über sich ergehen lassen mussten, betonten alle Angeklagten übereinstimmend, dass sie sich keinerlei Vergehen gegen den polnischen Staat und gegen das polnische Volk schuldig fühlten. Die politische Tätigkeit, die ihnen die Anklageschrift zur Last lege, würden sie unentwegt auch weiterhin ausüben, da sie nicht geduldig und tatenlos dem Wüten der Tyrannei und der Diktatur in Polen zusehen könnten.

Der sozialistische Abgeordnete Dr. Pragier schilderte noch einmal, wie die Anklageschrift zustande gekommen ist. Nachdem die Pilsudski-Regierung wochenlang in allen Landesteilen Polens Nachforschungen angestellt hatte, ob nicht noch irgend etwas aufzutreiben wäre, um diesem oder jenem Abgeordneten

den Prozess zu machen und diese Bemühungen erfolglos geblieben seien, habe man sich die "Verbrechen" einfach aus den Fingern gezogen und eine Anklage wegen angeblicher umstürzlerischer Bestrebungen erfunden. Der Bauernführer Dr. Kiernek erklärte, in der Beweisaufnahme sei von der ganzen Anklage nur die eine "Schuld" übrig geblieben, dass die Angeklagten dem legalen Block der Links- und Mittelparteien während der Wahlzeit angehört hätten. Der sozialistische Gewerkschaftsführer Abgeordneter Mastek zeichnete ein erschütterndes Bild von der Not der Arbeiterschaft in Polen, wo man oft das Stöhnen geschlagener Menschen höre, die durch das gegenwärtige Regierungssystem gefoltert würden. Die gegenwärtigen Beherrscher des Landes würden bald verschwinden, aber Polen werde arm, zerrissen und ausgehungert da bleiben. Es werde dann Aufgabe der Arbeiterklasse sein, Polen wieder aufzubauen.

Dem Angeklagten Dr. Potek von der Volkspartei, der scharfe Kritik an den gegenwärtigen Zuständen in Polen zu üben versuchte, wurde vom Gerichtsvorsitzenden sofort das Wort entzogen, sodass er von seiner Schlusserklärung nur einige einleitende Worte verlesen konnte.

Das Urteil wird in ganz Polen mit höchster Spannung erwartet.

SPD. New York, 9. Januar (Eig. Drahtb.)

In den massgebenden amerikanischen Industrien stehen neue Lohnkürzungen bevor. In vielen Teilen des Landes dürfte sich infolgedessen für grosse Teile der Arbeiterschaft die Lage geradezu trostlos gestalten. Die Höhe der Lohnkürzungen ist bisher noch nicht bekannt gegeben worden. Sie sollen mit dem 1. Februar in Kraft treten.

SPD. Der Empfang Hugenbergs durch den Reichskanzler erfolgt am Sonntag mittag um 12 Uhr.

Der Sonnabend-Empfang Hitlers bei Brüning war nach der ersten Unterredung Brünings mit Hitler am Donnerstag nicht vereinbart worden. Er erfolgte sozusagen ausser der Reihe und plötzlich auf Veranlassung Brünings.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Die Falschmünzer.

Wie "die falschen Fünfziger" an den Mann gebracht werden - Aus der Arbeit der "Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen".

SPD. Die vor einem Berliner Gericht erfolgte Verurteilung der der Falschmünzerei beschuldigten Brüder Sass hat das Interesse der Allgemeinheit wieder einmal auf die Falschgeldgefahr gelenkt.

Szene am Postschalter: Eine Arbeiterfrau will ein paar Mark auf eine Postanweisung einzahlen. Sie reicht dem Beamten einen Zwanzigmarkschein. Der will ihn gerade weglegen, stutzt, hält ihn gegen das Licht und sagt trocken: "Ein Falscher! Den Schein muss ich einziehen." Die Frau ist fassungslos. 20 Mark verloren. Ein kaum tragbarer Verlust. - Fast immer sind es die Angehörigen der ärmeren Schichten, an die die Fabrikanten von Falschgeld ihre Produkte abzusetzen versuchen: Arbeiter, kleine Geschäftsleute, Taxischaffere, Zeitungshändler. Falschgeld rollt durch Deutschland - wie schützen wir uns vor ihm? Nur durch grösste Aufmerksamkeit und sorgsamste Prüfung der erhaltenen Geldscheine.

Mit allen modernen Abwehrmitteln kämpft die Polizei gegen das Fälscherunwesen. In Berlin, in einem grossen, grauen Hause, nahe der Reichsbank, hat die Deutsche Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen ihren Sitz. Sie arbeitet Hand in Hand mit der Reichsbank und hat während der Jahre ihres Bestehens schon Hunderte von Falschmünzern zur Strecke gebracht. Kurz nach dem Kriege wurde sie gegründet. Bis dahin waren Münzverbrechen verhältnismässig selten. Erst in der Inflation, als die knapp gewordene Papiergelddecke die Reichsbank zwang, ungeheure Mengen Geldnoten in den Verkehr zu bringen, wandte sich das Berufsverbrechertum, das inzwischen durch die hohe Schule der Lebensmittelkartenfälschung gegangen war, diesem lukrativen Erwerbszweig zu. Wie Pilze schossen die Falschgeldwerkstätten aus der Erde. Die technisch schlecht geschützten Geldscheine der Inflationszeit verleiteten geradezu zur Nachahmung. Eine wahre Hausse brach auf dem Falschgeldmarkt aus, und neben den deutschen Geldscheinen wurden auch ausländische Noten in Hülle und Fülle gefälscht und unter das Publikum gebracht. Als dann die Rentenmark kam, ging die Zahl der Fälschungen herunter, doch wurden selbst in den Jahren 1924 und 1925 noch hunderte von Personen wegen Münzverbrechen verurteilt.

Und heute? Die Wirtschaftskrise des vorigen Jahres mit all ihren Auswirkungen hat den Umlauf von Falschgeld wieder sichtlich anschwellen lassen. Allerdings werden weit weniger Banknoten gefälscht als in den Inflationsjahren. Dies hat seinen Grund: Zur Nachahmung der Reichsbanknoten, die in einem komplizierten Druckverfahren hergestellt werden, braucht man Betriebskapital, kostspieliges Material und eine Menge von technischen Fertigkeiten und Fachkenntnissen. Monatelang muss versucht und probiert werden, ehe man endlich an die Ausführung gehen kann, denn der Druck einer einzigen Note erfordert 12 Arbeitsgänge. Deshalb haben sich in den letzten Jahren die berufsmässigen Fälscher immer mehr auf die Anfertigung von Metallgeld umgestellt. Unterscheiden sich die gefälschten Noten meist durch misslungene Bilder und Wasserzeichen von den echten, so erkennt man die Metallgeldfälschungen verhältnismässig leicht am Klang. Meist stimmen sie auch im Gewicht nicht mit den echten Geldstücken überein, da der Fälscher hauptsächlich auf das Aussehen seiner

Legierung achten muss. 80% aller Falschstücke sind schwerer oder leichter als das Original, das jeweils zum Vorbild diente. In Frage kommen ausschliesslich Zwei- oder Fünfmarkstücke, auch Fünfiger, während sich die Fälschung der kleineren Münzen kaum lohnen würde.

Ausserordentlich gut ist der Absatz der Falschstücke organisiert. Meist schicken die Fabrikanten ihre Vertreiber in Kolonnen durch ganz Deutschland. Eine Kolonne besteht gewöhnlich aus zwei Mann. Sie fahren von Stadt zu Stadt und suchen hauptsächlich kleine Geschäftsleute heim. Dabei verwenden sie folgenden Trick: Während der eine den Laden betritt, eine Kleinigkeit kauft, ein Falschstück in Zahlung gibt und den Verkäufer durch vieles Reden und Fragen abzulenken versucht, wartet draussen sein Komplize, der einen ganzen Vorrat von Falschstücken mit sich führt. Ist das Manöver geglückt, so treffen sie sich nachher wieder unauffällig. Der erste gibt dem zweiten die gekaufte Ware und nimmt ein neues Falschstück in Empfang. Manchmal sind auch drei an dem Vertrieb beteiligt. Dann vollzieht sich die Sache so: Der erste gibt das Falschstück in Zahlung, der zweite wartet wieder in der Nähe des Geschäftes und der dritte hat die Aufgabe, den ersten zu decken. Kommt es zu Schwierigkeiten, so betritt er ebenfalls den Laden, mischt sich ins Gespräch und er bietet sich im Notfalle, als angeblicher Sachverständiger, den fraglichen Schein umzuwechseln. Fast immer fallen die Geschäftsleute auf diesen Trick herein.

Wie arbeitet nun die "Zentralstelle zur Bekämpfung von Geldfälschungen"? Sie führt eine lückenlose Kartei über alle Fälschungen; über alle Personen, die sich des Münzverbrechens schuldig gemacht haben oder auch nur verdächtig sind. Innerhalb der Kartei sind die Hersteller von Falschgeld genau klassifiziert: Der macht nur Zehnmarkscheine, der andere ist Spezialist für Metallgeld; die Fälschungen des einen weisen immer wieder dieselben Kennzeichen und Fehler auf. Taucht nun irgendwo ein solches Falschstück auf, so versucht man an Hand der Kartei, die zugleich auch eine interessante Falschgeldsammlung ist, die Werkstatt herauszufinden, oder aus Technik und Fertigkeit der Nachahmung wichtige Anhaltspunkte zu gewinnen. Auch gelingt es oft mit Hilfe der eingegangenen Meldungen, die Reiseroute der Absatzkolonnen festzustellen. Die örtlichen Polizeibehörden werden durch Polizeifunk benachrichtigt und warnen dann ihrerseits die Geschäftsleute vor Eintreffen der Kolonnen.

Schwierig ist die Aushebung der Werkstätten selber. In den menschenüberfüllten Grosstädten können sich die Falschmünzerbanden durch öfteres Wechseln ihres Unterschlupfes immer wieder der Verfolgung entziehen. Es gehört eine mühevolle Kleinarbeit, oft monatelange Beobachtung dazu, ehe einer dieser "Fabrikanten" gefasst werden kann. Trotzdem hat die Zentralstelle allein im vorigen Jahre mehrere Dutzend Werkstätten ausgehoben.

+ + +

Festnahme eines Massenbrandstifters. Landjägern des Spreewalddorfes Sielow gelang die Verhaftung eines jungen Mannes, der durch eine lange Serie von Brandstiftungen seit Jahren den Landkreis Kottbus, insbesondere die Einwohner der Dörfer Sielow, Werben, Ruben, Müschen und Guhrow beunruhigte. Zuletzt liess der Täter - es ist der 19-jährige Friedrich Neumann aus Werben - vier Scheunen und zwei Stallungen innerhalb 48 Stunden in Flammen aufgehen.

Schon seit längerer Zeit hatte die in Sielow stationierte Schupoabteilung den Befehl erhalten, in der gefährdeten Gegend nachts auf verdächtige Personen, die auf Amruf nicht stehen blieben, zu schiessen. Trotzdem blieben die sehr intensiv durchgeführten Ermittlungen jahrelang ohne Ergebnis. Fast jeder wurde verdächtigt. Der wirkliche Täter ist nun durch die Aufmerksamkeit eines Feuerwehrmannes festgestellt worden. Während der Löscharbeiten bei dem letzten Brand in dem Dorfe Sielow fiel diesem Feuerwehrmann ein kleiner, schwächlicher Mensch auf, der bereits seit Jahren immer als einer der ersten Helfer

n der jeweiligen Branstätte erschienen war. Ein Oberlandjäger sagte dem jungen Menschen das Verbrechen auf dem Kopf zu. Der Junge machte Ausflüchte, legte aber nach einem 14-stündigen Kreuzverhör durch die Landjäger ein umfassendes Geständnis ab. Im Alter von 15 Jahren hatte er den ersten Brand angelegt und seitdem etwa weitere 20 Grossfeuer folgen lassen. Sein Vater lebt nicht mehr, seine Mutter hat sich nie um ihn gekümmert. Bereits vor drei Jahren erfolgte eine Anzeige gegen den jungen Menschen: man hielt es aber für unwahrscheinlich, dass ein so unscheinbarer Jüngling ein derart gefährlicher Pyromane sein könne....

+ + +
Blutrache im Irak. Das Gericht in Bagdad verurteilte den Beduinen Abdull Abdallah Beg Fahrik wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode. Fahrik hatte den Generaldirektor des Irakischen Innenministeriums Abdallah Beg Sana in seinem Büro erschossen. Der Täter hatte nicht den geringsten persönlichen Hass gegen den Ermordeten. Er fühlte sich lediglich als Vollstrecker des Willens einer sich in ihrer Ehre gekränkt fühlenden Familie.

Abdallah Beg Sana, einer der begabtesten jüngeren irakischen Beamten, hatte sich während seiner Tätigkeit als Distriktskommissar von Saadun mit einer Tochter des verstorbenen Scheiks Abdel Muazin Beg aus der berühmten Familie der Saadun verlobt. Die Saadun leiten ihre Herkunft aus königlichem Geschlecht ab und gehören zu der Beduinenaristokratie des südlichen Irak. Abdallah Beg hatte indes nicht das "Glück", seiner Braut an Abkunft ebenbürtig zu sein. Der Clan der Saadun setzte nun in der Residenz Himmel und Hölle in Bewegung, um die Heirat zu verhindern, weil die Vorfahren des Bräutigams Sklaven gewesen sein sollen. Alle Proteste blieben umsonst und die Hochzeit fand statt. Fahrik als Saadun, ein Vetter des Schwiegervaters, übernahm es, die Familienehre wieder mit Blut rein zu waschen. Bei seinem Verhör berief er sich darauf, dass die Reinhaltung des Blutes das höchste Ziel seiner Sippe sei. Die Freunde seines Stammes trugen sich bis zuletzt mit der Hoffnung, dass die Angelegenheit nach dem für die Wüstenbeduinen geltenden Recht, das in Angelegenheiten von Stammes- und Blutrache auf die Anschauung der Wüstensöhne Rücksicht nimmt, behandelt werde. Das Gericht entschied in diesem Fall, der für die Spannungen zwischen dem nomadischen und dem städtischen Element in Irak typisch ist, jedoch anders.

+ + +
Chinesische Schreckensstatistik. Aus China in Kalkutta eingetroffene Missionare, die als Mitglieder des Internationalen Hilfskomitees tätig gewesen sind, haben aufsehenerregende Mitteilungen über die Zahl der in den beiden Schreckensjahren 1929 und 1930 in China ums Leben gekommenen Menschen gemacht. Allein in der Provinz Kansu sind nach vorsichtigen Schätzungen 8 Millionen Menschen in dieser Zeit durch Hunger, Pest und Schwert zugrunde gegangen. Die Ziffern von Kansu sind für die Vorgänge im ganzen Norden Chinas typisch. Ueberall hatte der Lebensmittelmangel Hunger, Fieber und Typhus zur Folge und war von einer langen Periode des allgemeinen Blutvergiessens begleitet. Durch das Erdbeben vom 16. September 1930 wurden innerhalb zehn Minuten eine Million Menschen getötet. Durch die Yangtse-Ueberschwemmungen im vergangenen Jahr sind während kurzer Zeit fünfzig Millionen Menschen obdachlos geworden.

+ + +
Mörder? In Neunkirchen (Saargebiet) wurde auf Anzeige der eigenen Ehefrau der pensionierte Grubenschlosser Karl Staub festgenommen. Staub, ein früherer berüchtigter Separatist, steht im Verdacht, im Jahre 1922 den Kanzleiasistenten Heinrich Fass aus Waltrop i.W. ermordet zu haben.

+ + +
Ungeschützter Bahnübergang... In der Nähe von Johannisburg (Ostpreussen) wurden an einem ungeschützten Bahnübergang eine 35-jährige Bäuerin und ihre 11-jährige Tochter von einem Personenzug überfahren und getötet.

Lohnsteuererleichterung.

Wann tritt die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums ein?

SPD. Nachdem der Erstattungsanspruch, den bisher alle Lohnsteuerpflichtigen bei Lohnausfall hatten, weggefallen ist, bleibt dem einzelnen Pflichtigen doch noch die Möglichkeit, eine Erstattung aus Billigkeitsgründen durchzusetzen. Diese Möglichkeit stützt sich auf den Paragraphen 131 der Reichsabgabenordnung, der in einzelnen Fällen, in denen die Einziehung von Steuern unbillig ist, die Erstattung oder Anrechnung bereits entrichteter Steuern verfügt. Wenn Lohnsteuerpflichtige im vergangenen Jahre besondere, ungewöhnliche Ausgaben wegen Krankheit, Unglücksfällen oder wegen sonstiger schwerer ausserordentlicher wirtschaftlicher Belastungen hatten, so können sie bei ihrem Finanzamt eine Lohnsteuererstattung beantragen. Da es sich hierbei um ein Billigkeitsgesuch handelt, gibt es im Falle der Ablehnung keine Möglichkeit, die Erstattung dennoch durchzusetzen.

Auch wenn die Erstattung gewährt wird, hat sie den Nachteil, erst nachträglich eine gewisse Erleichterung zu schaffen. Dieser Nachteil fällt bei der Erhöhung der steuerfreien Beträge für das Existenzminimum und für Werbungskosten und Sonderleistungen fort. Die Erhöhung kann immer dann beantragt werden, wenn die tatsächlichen Aufwendungen, die der Steuerpflichtige für Werbungskosten und Sonderleistungen macht, höher sind als der dafür festgesetzte steuerfreie Pauschbetrag von 40 Mark im Monat = 9,60 Mark in der Woche oder wenn der Steuerpflichtige mit gewissen aussergewöhnlichen Belastungen rechnen muss.

In diesem Fall kann eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, das 720 Mark im Jahre, 60 Mark im Monat und 14,40 Mark in der Woche beträgt, beantragt werden. Wenn bei dem Arbeitnehmer besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die seine Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen, wenn z.B. eine aussergewöhnliche Belastung wegen Unterhalt und Erziehung (einschliesslich Berufsausbildung) der Kinder vorliegt oder wenn durch Krankheit, Körperverletzung, Unglücksfälle oder durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger besondere Ausgaben entstehen, so kann das steuerfreie Existenzminimum vom Finanzamt erhöht werden. Dazu ist nötig, dass der Steuerpflichtige einen Antrag einreicht, in dem er die besondere Belastung im einzelnen nachweist und durch Rechnungen, Quittungen oder sonstige Belege glaubhaft macht. Dem Antrag muss die Steuerkarte, die für diesen Zweck von dem Arbeitgeber ausgehändigt wird, beigelegt werden. Wird der Antrag vom Finanzamt abgelehnt, so hat ein Einspruch nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Entscheidung des Finanzamts offensichtlich unbillig war. Wird dem Antrag stattgegeben, so vermerkt das Finanzamt die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages auf der Steuerkarte.

Eine Erhöhung des Pauschsatzes für Werbungskosten und Sonderleistungen ist ebenfalls unter gewissen Voraussetzungen zugelassen.

Werbungskosten sind die zur Erwerbung, Sicherung und Unterhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Jeder Lohn- und Gehaltsempfänger hat z.B. Ausgaben für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die Anschaffung

und Reparatur von Werkzeugen, sowie für die Anschaffung und Reinigung von Berufskleidung u.a.m. Die Ausgaben für die Fahrtkosten können auch in den Unterhaltungskosten für ein Fahrrad oder Motorrad bestehen. Die Werbungskosten berücksichtigen also nur die Ausgaben, die sich aus den besonderen Umständen des Berufs notwendig ergeben.

Zu den Sonderleistungen rechnen nach dem Einkommensteuergesetz folgende Ausgaben:

1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen,
2. Beiträge zu Sterbekassen,
3. Lebensversicherungsprämien,
4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung,
5. Kirchensteuer,
6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskammern usw.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Sonderleistungen, die unter 1. bis 3. aufgezählt sind, auch die Zahlungen umfassen, die der Steuerpflichtige für seine Haushaltsangehörige macht. Den Ausgaben für die Fortbildung im Beruf sind aber nicht die Ausgaben gleichzusetzen, die für die Erlernung eines neuen Berufes gemacht werden. Diese Ausgaben gelten nicht als steuerfreie Sonderleistungen.

Ergibt sich aus der Zusammenstellung der tatsächlichen Werbungskosten und Sonderleistungen eine Überschreitung des steuerfreien Pauschbetrages von monatlich 40 Mark, so kann die Erhöhung des steuerfreien Satzes beantragt werden. Den Antrag muss die Steuerkarte für 1932, sowie eine eingehende Aufstellung der tatsächlichen Aufwendungen beigelegt werden. Soweit Quittungen und sonstige Belege vorhanden sind, sind sie ebenfalls einzureichen. Wenn dem Antrag entsprochen wird, so erhält die Steuerkarte einen Vermerk über die höheren steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen. Dem Antrag muss stattgegeben werden, wenn die tatsächlichen Aufwendungen nachweisbar sind. Gegen eine Ablehnung des Antrages kann Einspruch eingelegt werden.

SPD. In der ersten Januarwoche ist bei der Reichsbank eine starke Entlastung eingetreten. Der von der Bank gewährte Kredit, der vor Jahresschluss um rund 573 Millionen Mark ausgeweitet wurde, schränkte sich um 516,4 Millionen Mark auf 4 130,8 Millionen Mark ein. Der Wechselkredit nahm um 289,9 auf 3 854,1 Millionen Mark ab und der Lombardkredit um 145,6 auf 99 Millionen Mark. Die Bestände an Reichsschatzwechseln konnten um 80,9 auf 17 Millionen Mark verringert werden. Der Notenumlauf reduzierte sich um 208,9 Millionen Mark.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 24,9 Prozent gegen 24,2 Prozent in der Vorwoche. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 14,9 Millionen Mark auf 1 141,3 Millionen Mark verringert. Die Goldbestände nahmen um 4,9 Millionen Mark auf 979 Millionen Mark ab, die Bestände an Deckungsdevisen um 10 Millionen Mark auf 162,3 Millionen Mark.

SPD. Am 11. Januar tritt in Genf die vierte Sachverständigenkonferenz für Kohlenfragen zusammen, die vom Völkerbund zur Untersuchung der Lage der Kohlenwirtschaft und der zu ihrer Verbesserung geeigneten Mittel einberufen worden ist. An den drei ihr voraus gegangenen Konferenzen waren auch die Vertreter der Arbeiterschaft beteiligt. Aus dem damals von den Arbeitervertretern formulierten Programm ist inzwischen von der letzten Arbeitskonferenz die internationale Regelung der Arbeitszeit in ein Abkommen gebracht sowie die Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen erfolgreich in Angriff genommen worden. Als wichtigste Programmpunkte bleiben für die bevorstehende Konferenz die Beurteilung von internationalen Abkommen zwischen den Kohlenherzeugern für die Produktion, den Markt und die Preise, sowie die Vorbereitung einer internationalen Organisation, in der alle Interessenten vertreten sein sollen: Regierungen, Produzenten, Bergarbeiter, Händler und Verbraucher. Gerade deshalb hat der Teilnehmerkreis insofern eine beachtliche Erweiterung erfahren, als dieses Mal neben den Unternehmer- und Bergarbeitersachverständigen auch Vertreter der Regierungen der hauptsächlichsten europäischen Kohlenhändler anwesend sein werden. Ist auch nach Lage der Dinge die Aussicht auf umfassende Lösungen in der europäischen Kohlenwirtschaft nicht sehr gross, so ist der Versuch, an die Einzelfragen heranzugehen, in jedem Falle einer Resignation mit Protektionenkämpfen und allgemeiner Regellosigkeit vorzuziehen.

Das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale ist zur Vorbereitung der Konferenz bereits am 8. Januar im Internationalen Arbeitsamt zusammengetreten. Von deutscher Seite nahmen Husemann, Limbertz, Schmidt und Dr. Berger, sämtlich vom Verband der Bergbauindustriearbeiter, teil. Die deutschen Sachverständigen der Kohlenkonferenz sind Kralik vom Reichswirtschaftsministerium, Dr. Berger vom Verband der Bergbauindustriearbeiter und Generaldirektor Janus vom Ruhrkohlen syndikat.

SPD. Der Berliner Konsumgenossenschaft sind im letzten Halbjahr, Juli bis Dezember 1931, 12 607 Haushaltungen beigetreten. Der Mitgliederbestand erhöht sich damit auf 202 963. In der Reichswerbeweche wurden 5 175 Aufnahmen gemacht. Der Umsatz verminderte sich infolge der Kaufkraftschwächung und der Preissenkungen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres und wird mit 33,785 Millionen Mark angegeben. Für das gesamte Kalenderjahr 1931 ist ein Rückgang des Umsatzes gegenüber dem Vorjahr von 80,609 Millionen Mark auf 69,643 Millionen Mark festzustellen. Das sind 13,6 Prozent. Mengenmässig konnte der Umsatz gehalten werden. Bei der Warenhausabteilung ergab sich im zweiten Halbjahr 1931 gegenüber derselben Zeit des Vorjahres eine wertmässige Umsatzsteigerung von 1,6 Prozent, was wohl auf die zurzeit der Bankenkrise grassierenden Inflationenkäufe zurückzuführen ist.

Hinsichtlich der Sparkasse wird darauf verwiesen, dass sich eine starke Belebung der Spartätigkeit in Mitgliederkreisen erkennen lässt. Im Dezember wurden 298 Konten neu angelegt; in der Zeit von Juli bis Dezember 1931 ründ 3 870 neue Konten. Im Dezember stellt sich der Einlagenzugang auf 631 500 Mark. Die Gesamteinlagen machten gegen Jahresschluss 36,164 Millionen Mark aus.

SPD. Die vorläufigen Zahlen über den Umfang des Stettiner Hafenverkehrs im vergangenen Jahre weisen einen Rückgang auf, der seit der Eröffnung des Stettiner Freihafens einzig dasteht. Der Güterverkehr ist im Jahre 1931 von 4 888 000 Tonnen auf 3 763 000 Tonnen zurückgegangen. Gegenüber dem Jahre 1930 mit einem Eingang von 5 400 Schiffen mit 6 994 000 Nettoregistertonnen weist das Jahr 1931 nur einen Eingang von 3 914 Schiffen mit 5 174 999 Netto-

registertonnen auf; ausgelaufen sind 1930 = 5 443 Schiffe mit 6 982 000 Netto- registertonnen, während das vergangene Jahr einen Ausgang von nur 3 926 Schif- fen mit 5 246 000 Nettoregistertonnen ergab.

Der ausserordentlich starke Rückgang des Stettiner Hafenverkehrs ist nicht allein auf die allgemeine Wirtschaftskrise zurückzuführen. Schon seit Jahren spürte man eine immer mehr zunehmende A. V. anderung wichtiger Stettiner Hafenverkehrsgüter nach Danzig und namentlich nach dem polnischen Gdingen. In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres stand einem Stettiner Ver- kehrsrückgang von 28 Prozent eine Steigerung des Gdingener Hafenverkehrs um 39 Prozent gegenüber, während Danzig in der gleichen Zeit eine Verkehrszu- nahme von 6 Prozent erzielte.

SPD. Seit längerer Zeit geht zwischen dem Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser und der Fachgruppe Textilindustrie des Reichsverbandes der deut- schen Industrie ein Streit über die Goldmarkfakturierung. Die Fabrikanten wollen ihre Lieferungen nur in Goldmarkrechnung durchführen. Der Warenhaus- verband verlangt, dass man sich an die deutsche Währung hält und die Rechnun- gen in Reichsmark ausstellt. Dem Standpunkt des Warenhausverbandes hat sich das Kartellgericht in einem Urteil abgeschlossen.

In diesem Streit ist jetzt eine neue Wendung erfolgt, die für gewisse Geister in der deutschen Industrie typisch ist. Die Fachgruppe Textilindu- strie hat nämlich eine Erklärung versandt, in der sie sich zu allerhand Dro- hungen versteigt und ankündigt, die Kredite an ihre Abnehmer zu vermindern und Stilllegung und Entlassungen von Arbeitern vorzunehmen. Trotzdes Urteils des Kartellgerichts nehmen die Mitglieder der Fachgruppe Textilindustrie das Recht in Anspruch, sich in der Fakturierungsfrage nach ihrem eigenen Belie- ben zu verhalten.

Wenn der Standpunkt der Fachgruppe Textilindustrie sich allgemein durch- setzen sollte, dann wird man nächstens schliesslich noch in dem Federgeld un- serer Nazioten fakturieren. Im übrigen muss man die Erklärung der Fachgruppe, wie das der Warenhausverband in einer Mitteilung an die Presse auch tut, als erpresserisch bezeichnen; ausserdem erkläre die Fachgruppe, dass sie die staatliche Regelung des deutschen Geldwesens nicht mehr anerkennt. Wir glau- ben, dass es höchste Zeit für die Reichsregierung bzw. für den Reichswirt- schaftsminister ist, diese Fachgruppe einmal zur Vernunft zu bringen.

SPD. Die Vereinigung der englischen Kohlengrubenbesitzer wird an der Genfer Kohlenkonferenz, die am Montag eröffnet wird, nicht teilnehmen, was an- gesichts der Ereignisse auf den Kohlenmärkten im Anschluss an die Pfundentwer- tung verständlich wird. Die Engländer begründen ihren Beschluss damit, dass sie bereits auf der vor einem Vierteljahr stattgefundenen Kohlenkonferenz mit ihren Zugeständnissen bis an die Grenze des Möglichen gegangen seien. Ausser- dem habe sich die Lage durch gewisse Massnahmen europäischer Länder - das zielt auf die erhöhten französischen Zölle für englische Kohle ab - weiter verschlechtert.

SPD. Die 2. Durchführungsbestimmung der preussischen Regierung zur Mietsenkung enthält die wichtige Bestimmung, dass über Beschwerden das Miet- einigungsamt endgültig zu entscheiden hat. Der Antrag an das Mieteinigungsamt muss binnen zwei Wochen gestellt werden, nachdem der Vermieter den neuen Miet- zins mitgeteilt hat. Wird die Frist versäumt, so tritt die von dem Vermieter

angebene Mietpreiserhöhung in Kraft. Wichtig ist auch die Bestimmung, die sich auf solche Mieten bezieht, die am 10. Dezember 1931 bereits unter Friedensmiete lagen. Die Ermässigung von 10 Prozent wird hier von der am 10. Dezember 1931 gültigen Miete gerechnet, also nicht von der Friedensmiete. Waren Räume am 1. Januar 1931 nicht vermietet, so geht die Berechnung von der Miete aus, die zuletzt vereinbart war. Hinsichtlich der Neumieten ist zu beachten, dass bei solchen Grundstücken, die mit Schweizer Goldhypothenen belastet sind, die Mietsenkungsvorschrift keine Anwendung findet. Im übrigen darf auch bei Neumieten gerade wie bei den Altwohnungen eine bereits 1931 gewährte Mietsermässigung auf die neue Mietsenkung nicht angerechnet werden. In vielen Fällen durfte aber die vorher vereinbarte niedrige Miete nicht für die gesamte Dauer der Mietszeit gelten. In diesen Fällen ist der Mietnachlass auf die gesamte vom Zeitpunkt ihres Eintretens ab noch laufende Mietszeit zu verteilen. Der sich dann ergebende durchschnittliche Mietnachlass darf auf die 1932 eintretende Ermässigung angerechnet werden. Diese Regelung ist jedoch nicht statthaft, wenn die 1931 erfolgte Mietsenkung darauf beruht, dass aus öffentlichen Mitteln Beihilfen usw. gewährt worden sind.

Roggen knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Januar.)

SPD. Auch am Sonnabend konnte sich an der Berliner Produktenbörse die feste Stimmung für Roggen behaupten, Das Angebot ausserordentlich knapp, während die schwach versorgten Mühlen gute Kauflust zeigten. Infolgedessen gingen die Preise wieder um etwa 2 Mark in die Höhe. Weizen hatte nur stetige Tendenz. Auch hier war das Angebot klein, während sich die Mühlen beim Einkauf mehr zurückhielten. Die Preise für effektive Ware konnten sich nicht voll behaupten. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich für Weizen gleichfalls Abschwächungen im Ausmasse von etwa 1 Mark, während Roggen auch hier seinen Preisstand zu behaupten vermochte. Im Mehlmarkt war das Roggenmehlgeschäft ziemlich lebhaft; es herrschte insbesondere nach den billigeren Provinzmehlen gute Nachfrage. Weizenmehl hatte dagegen nur schleppende Absatzmöglichkeiten. Für Hafer blieb die Tendenz gut stetig, die Preise waren kaum verändert.

	8. Jan.	9. Jan.
	(ab märkische Station in Berlin)	(ab märkische Station in Berlin)
Weizen	222 - 224	222 - 224
Roggen	193 - 195	195 - 197
Braugerste	154 - 165	154 - 165
Futter- und Industrierogerste	148 - 153	148 - 153
Hafer	134 - 142	134 - 142
Weizenmehl	27,25 - 31,25	27,25 - 31,25
Roggenmehl	26,35 - 28,35	26,50 - 28,75
Weizenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,75
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,25 - 9,50
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 242 (Vortag 243),</u>		
Mai 249-249½ (250½) Roggen März 208½-209 (209), Mai - (215). Hafer März		
153½ (153), Mai 160½ und Brief (159½).		



Zwischen Klippen und Untiefen.

Zur Sanierung der Invalidenversicherung.

SPD. Was wird aus den Invalidenrentnern? Eine sehr ernste Frage. Die deutsche Sozialversicherung steckt in schwerer Bedrängnis, aber kein Zweig dieser Versicherung ist so stark bedroht wie der der Invaliden.

Sollen die Renten gekürzt werden? Kurz nach dem Erlass der Vierten Notverordnung schrieb der Fachleiter der sozialpolitischen Abteilung des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Grieser, in einem Aufsatz, der sich mit den Auswirkungen der Notverordnung auf die Sozialversicherung befasste: "Für die Fahrt zwischen den Klippen und Untiefen im Jahre 1932 hätten die Renten gekürzt werden müssen. Die Notverordnung sieht davon ab, sie hebt nur Leistungen auf, die nach Grund und Zweck eher zu den Aufgaben der Fürsorge gehören." Mit den Ersparnissen der Notverordnung ist die Gefahr der Rentenkürzung nicht gebannt. Die Arbeiterschaft hat allen Anlass, bei der zur Zeit im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung befindlichen Sanierung der Invalidenversicherung auf dem Posten zu sein.

Sanierung durch Rentenkürzung - das wäre eine Grausamkeit ohne gleichen. Wie niedrig die Invalidenrenten sind, tritt in den jüngsten Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes scharf und krass in Erscheinung. Die durchschnittliche monatliche Rente in der I.V. beträgt 36,83 Mark. Die grösstmögliche Rente betrug 1931 = 65,90 Mark und die niedrigste 20 Mark. Der Durchschnitt liegt also bei 37 Mark. Die niedrigen Renten müssen überwiegen; denn sonst müsste der Durchschnitt höher liegen. Wie soll nun ein Invalide bei diesen niedrigen Renten existieren? Wer hat den Mut, solche Renten noch zu senken? Das bisschen Mietekürzung fällt ja kaum ins Gewicht. Schliesslich darf man auch nicht vergessen, dass doch die invalide gewordenen Arbeiter ein ganzes Leben lang ihre Beiträge gezahlt haben. Will man sie trotzdem nun förmlich dem Verhungern preisgeben? Mit Rentenkürzung geht es nicht.

Wie aber sonst? Für 1932 rechnet man mit einem Fehlbetrag von rund 280 Millionen. Durch die Vierte Notverordnung ergibt sich für die Träger der Invalidenversicherung eine jährliche Minderausgabe von etwa 70 Millionen. Im einzelnen rechnet das Reichsarbeitsministerium mit folgenden Ersparnissen: Wegfall der Kinderzuschüsse für über 15 Jahre alte Kinder 12 Millionen, Wegfall der Waisenrenten für Kinder über 15 Jahre 21 Millionen, Wegfall der Spitzrenten 20 Millionen, Abrundung der Rentenbeträge 2 Millionen, Wegfall der Witwenrenten (nach Art. 3 der Novelle 1929) 18 Millionen. Dazu kommen in diesem Zusammenhang noch Ersparnisse für das Reich in Höhe von rund 27 Millionen. Bei einer jährlichen Minderausgabe von 70 Millionen bliebe also noch ein Fehlbetrag von etwa 200 Millionen.

Die Frage ist nun: Wie diesen Fehlbetrag decken? Durch Erhöhung der Invalidenbeiträge ist das nicht zu machen, wenigstens nicht in einer Zeit der Wirtschaftskrise und des Lohnabbaus. Könnte der Fehlbetrag aus den vorhandenen Vermögensbeständen einstweilen gedeckt werden, bis sich die Wirtschaft wieder erholt hat? Genügend grosse Vermögensbestände wären vorhanden. Sie sind jedoch eingefroren. Was nun?

Zu dieser hochernsten Frage nimmt in der "Deutschen Invalidenversicherung" (Nr. 1, 1932) Präsident I. R. Dr. Schröder-Kassel, Vorsitzender des Reichs-

verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten, Stellung. Er kommt, ähnlich wie die Gewerkschaften, zu folgender Antwort: "Hier kann nur das Reich helfen, und das ist auch seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, denn es darf daran erinnert werden, dass das Reich den deutschen Landesversicherungsanstalten zwangsweise einen Betrag von rund 164 Millionen Reichsschatzanweisungen des Jahres 1935 anstelle baren Geldes gegeben hat. Diese Reichsschatzanweisungen muss das Reich jetzt zurücknehmen, und es kann Abhilfe dadurch geschaffen werden, dass das Reichsfinanzministerium in ganz geringen Mengen eine Lombardierung dieser Reichsschatzanweisungen zulassen will. Freilich wird durch die Rücknahme der 164 Millionen Reichsschatzanweisungen keine endgültige Sanierung eintreten. Vielmehr ist nur für das Jahr 1932 eine teilweise Hilfe geschaffen, so dass die Hoffnung besteht, wenigstens über das vielleicht schwerste Jahr 1932 hinwegzukommen. Kann das Reich durch Zurücknahme der Reichsschatzanweisungen nicht helfen, so drohen die schwersten Gefahren. Die deutschen Landesversicherungsanstalten haben schon jetzt zum Teil ihre Postvorschüsse nicht zahlen können, und es wird naturgemäss von Monat zu Monat schlimmer."

Die organisatorische Reform, die vom Reichsarbeitsministerium vorbereitet wird, hat nach der Auffassung Schröders für die Frage der Sanierung der deutschen Sozialversicherung so gut wie gar keine Bedeutung. Das geht zum Beispiel ja schon daraus hervor, dass die Verwaltungskosten der Invalidenversicherung nur 5% ausmachen - ein Betrag, der wesentlich nicht gekürzt werden könne. Auf dem Organisationsweg sei eine Hilfe - wenn überhaupt - so doch sicher nicht im Augenblick zu erwarten. Darauf komme es aber in erster Linie an; denn wenn eines Tages die Reichspostverwaltung dazu übergehe, die Auszahlung der Renten von dem vorherigen Empfang des Vorschusses abhängig zu machen, dann sei ein trostloser Zustand geschaffen. Sollten dann die Renten nicht mehr ausgezahlt werden, so wäre das ein furchtbarer Schlag für alle Invalidenrentenempfänger.

Also bleibt kein anderer Ausweg als der: das Reich muss helfen. Reichshilfe oder Rentenkürzung: so steht die Frage. Das Reich hat schon vielen geholfen, vielen, die nicht hungern. Soll ausgerechnet den Hungernden nicht geholfen werden?

SPD. Sind im Verwaltungsrat der Reichsbahn Arbeitervertreter unerwünscht?
Bisher bestand der Verwaltungsrat aus 13 Vertretern des Industrie- und Finanzkapitals, aus 3 höheren Beamten als Ländervertreter, aus einem Personalvertreter und einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nicht vertreten ist der ADGB. Bei der neuen Berufung am Jahresende wurden 3 Stellen frei. Dafür wurden bis jetzt zwei höhere Beamte ernannt. Der bisherige Staatssekretär Guthrod im Reichsverkehrsministerium ist wohl als Vertreter des Reichs berufen worden. Wie verlautet, soll noch ein Vertreter der Beamtenschaft ernannt werden. Dagegen wäre grundsätzlich nichts einzuwenden, es geht aber nicht an, die von der Reichsregierung längst als berechtigt anerkannten Forderungen der Arbeiterschaft erneut zurückzustellen.

Die Arbeiterschaft erwartet, dass die Reichsregierung die bereits vor zwei Jahren gegebenen Versprechungen nun endlich einlöst. Der Regierung liegt seit langem ein wohl begründeter Vorschlag vor, der, wie von allen massgebenden Stellen anerkannt wurde, allen Anforderungen entspricht, die für diese wichtige Körperschaft verlangt werden müssen. Hinter diesem Vorschlag stehen der ADGB und rund 360 000 Arbeiter der Reichsbahn. Die Reichsregierung wäre schlecht beraten, wenn sie die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft auf neue übergehen würde.

SPD. Der Lohnkonflikt in den Berliner Gas- und Wasserwerken ist beigelegt. Die Urabstimmung in den Gas- und Wasserwerken ergab nicht die statutarische Dreiviertelmehrheit für den Streik. Es hatten sich rund 60 Prozent der Belegschaften für den Streik entschieden. Das bereits gemeldete Ergebnis der Aussprache im Berliner Rathaus gilt somit als angenommen.

SPD. Im holländischen Textilgebiet von Twente, wo seit Wochen 16 000 Textilarbeiter streiken, hat sich die Lage bedenklich zugespitzt. Ueber den Haupttextilort Enschede ist der kleine Belagerungszustand verhängt worden. Die ortsfremde kasernierte Militärpolizei, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in das Textilgebiet gelegt worden ist, geht gegen die Streikenden vielfach brutal vor. So kam es dieser Tage in einem Arbeiterviertel zu einer förmlichen Strassenschlacht. Die Polizei, die sehr provozierend auftrat, wurde mit Steinen beworfen. Daraufhin versuchte sie die Strasse mit dem flachen Säbel zu säubern.

Die Gewerkschaften haben von der Stadtverwaltung die Zurückziehung der Militärpolizei gefordert.

SPD. Die gesamte Belegschaft der grossen Tuchfabrik in Buhuschi (Alt-Rumänien) ist in den Streik getreten, weil ihr die Fabrikleitung geradezu ungeheuerliche Lohnkürzungen zumutete. Rund 2 000 Arbeiter befinden sich im Ausstand. Die Behörden versuchen, zwischen den Parteien zu vermitteln.

SPD. Der Reichslandarbeiterbund - die von den landwirtschaftlichen Arbeitgebern ausgehaltene wirtschaftsfriedliche Landarbeiterbewegung - fordert in einer Eingabe an den Reichspräsidenten (abgedruckt in Nr. 24 des "Reichslandarbeiterbund", vom 20. Dezember) scharfe Lohnkürzung. Er sagt, es sei "in höchstem Masse sozial, wenn versucht wird, Löhne und Gehälter aller Art zunächst einmal auf den Stand der Vorkriegszeit zurückzuführen." Es sei zu verlangen, dass die Schlichter angewiesen werden, in ihren Schiedssprüchen mit aller Engergie auf dieses Ziel hinzuwirken.

Der Standpunkt des Reichslandarbeiterbundes deckt sich restlos mit dem der Arbeitgeberverbände. Auch sie sehen alles Heil für die deutsche Wirtschaft nur in einem weitgehenden Abbau der Löhne und Gehälter. Besonders skandalös ist, dass so etwas nun auch noch als "soziale" Massnahme hingestellt wird. Das kommt einer Verhöhnung der Arbeiter gleich. Der Reichslandarbeiterbund hat sich ohne jede Scham als das enthüllt, wofür wir ihn stets gehalten haben: als den Lakei der Agrarier.

SPD. Für das rheinische Baugewerbe fällt der Schlichter für das Rheinland einen Schiedsspruch, nach dem der Lohn des Maurers von 1,21 auf 1,13 Mark und der des Tiefbauarbeiters von 80 Pfennig auf 75 Pfennig sinkt. Vom 1. März ab tritt bei dem Maurerlohn eine weitere Kürzung um 4 Pfennig, bei dem Tiefbauarbeiterlohn eine solche von 3 Pfennig in Kraft. Dieser Schiedsspruch drückt die Löhne der Bauarbeiter noch um 4 Pfennig unter den Lohn vom Jahre 1927. Damit steht Köln weit unter den Löhnen von Frankfurt/Main, Stuttgart, München und vielen Mittelstädten.
